

Die AfD im Gemeinderat

Situationsanalyse und Empfehlungen für den Umgang
mit der AfD im Freiburger Gemeinderat

Freiburg, 26.09.19

Inhaltsverzeichnis

1	Zielsetzung der Handreichung	- 0 -
2	Empfehlungen zum Umgang mit AfD-Abgeordneten.....	- 0 -
2.1	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Rät*innen gegen rechts.....	- 0 -
2.1.1	Persönlicher Umgang mit AfD-Abgeordneten	- 0 -
2.1.2	Umgang in der Gremienarbeit.....	- 1 -
2.1.3	Empfehlungen bei Redebeiträgen und Anträgen	- 1 -
2.2	Amadeu-Antonio-Stiftung	- 3 -
2.2.1	Wie arbeitet die AfD in Parlamenten?	- 3 -
2.2.2	Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung in Parlamenten	- 4 -
2.3	Bundesverband Mobile Beratung.....	- 7 -
2.3.1	Agieren rechtspopulistischer Parteien in Parlamenten.....	- 7 -
2.3.2	Umgang mit der AfD	- 7 -
2.4	Heinrich Böll Stiftung: „Linksgrün-versifft?“	- 8 -
2.4.1	Situation einschätzen.....	- 8 -
2.4.2	Zielsetzung	- 9 -
2.4.3	Die Strategie der dauerhaften Auseinandersetzung	- 9 -
2.4.4	Umgang außerhalb des Parlaments	- 11 -
3	Die AfD in Freiburg.....	- 11 -
3.1	Der Kreisverband	- 11 -
3.2	Das Kommunalwahlprogramm der AfD.....	- 13 -
3.2.1	Bauen und Wohnen	- 14 -
3.2.2	Sicherheit und Ordnung	- 14 -
3.2.3	Verkehr und Infrastruktur	- 15 -
3.2.4	Umwelt und Natur.....	- 15 -
3.2.5	Gesellschaft.....	- 15 -

3.2.6	Wirtschaft und Finanzen	- 16 -
3.2.7	Fazit des Programms	- 16 -
4	Empfehlungen zum Umgang mit der Freiburger AfD.....	- 17 -
5	Vorschläge zur interfraktionellen Zusammenarbeit in Freiburg	- 18 -
6	Literaturverzeichnis:	- 19 -

1 Zielsetzung der Handreichung

Ziel dieser Handreichung ist es, Empfehlungen zum Umgang mit der AfD im Freiburger Gemeinderat zu sammeln. Dazu werden zunächst verschiedene Handreichungen zum Umgang mit der AfD zusammengefasst. Anschließend wird die Partei vor Ort analysiert. Auf dieser Grundlage werden Handlungsoptionen präsentiert, die dem Charakter der AfD in Freiburg entsprechen. Abschließend wird ein Vorschlag für den interfraktionellen Umgang mit der AfD präsentiert.

2 Empfehlungen zum Umgang mit AfD-Abgeordneten

Die AfD ist schon seit mehreren Jahren bundesweit in verschiedenen kommunalpolitischen Gremien vertreten. In diesem Sinne haben sich auch insbesondere politische Stiftungen, Beratungsvereine gegen Rechtsextremismus und andere Autor*innen mit der AfD auf kommunaler Ebene befasst und Handlungsempfehlungen veröffentlicht.

2.1 Rosa-Luxemburg-Stiftung: Rät*innen gegen rechts

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Broschüre *Rät*innen gegen rechts* nimmt eine ausführliche Akteur*innenanalyse vor und skizziert die Themenfelder, in denen rechte Parteien in kommunalen Gremien oft agieren (Giesbers/Taschke 2019). Von Interesse sollen hier aber die Empfehlungen zum Umgang mit Abgeordneten der AfD sein.

2.1.1 Persönlicher Umgang mit AfD-Abgeordneten

Auch wenn die Abgeordneten der AfD demokratisch gewählt worden sind, so empfehlen die Autor*innen einen differenzierten Umgang mit ihnen, da „ihre Ziele nichtdemokratisch, sondern rassistisch und völkisch-nationalistisch“ seien (ebd.: 73). Umgangsformen sollten am Besten in der Fraktion besprochen werden. Die Weigerung die Hand zu geben kann bewusst den differenzierten Umgang mit den rechten Abgeordneten aufzeigen, ebenso wie der Verzicht auf Abschiedsformeln. Auch Smalltalk mit extrem rechten Abgeordneten sollte vermieden werden, da dies eine Taktik der Rechten sei, die Isolierung zu brechen und als Teil des demokratischen Spektrums wahrgenommen zu werden. Zudem ist für Außenstehende nicht ersichtlich, ob es sich im Gespräch nur um das Wetter drehte oder um politische Absprachen. Sollten die rechten Vertreter*innen beispielsweise bei Reden Zustimmung durch

Klatschen zum eigenen aufgebrachten Punkt signalisieren, stellt sich die Frage, ob man sich distanzieren sollte. Dies bleibt je nach Thema Abwägungssache. (vgl. ebd.: 74)

2.1.2 Umgang in der Gremienarbeit

Als Vorbilder für den Umgang mit rechten Parteien in Gremien gelten der ‚Berliner Konsens‘ und der ‚Schweriner Weg‘ (vgl. ebd.: 76, 77). Ersterer bildet ein allgemeines Verständnis aller Fraktionen gegen rechts ab, beinhaltet aber keine konkreten Handlungsanweisungen. Der ‚Schweriner Weg‘ umfasst dagegen klare Handlungsleitlinien für die unterstützenden Fraktionen. So wurde beispielsweise vereinbart, dass auf Anträge rechter Fraktionen nur eine Person der demokratischen Fraktionen Stellung bezieht, dass Anträge aus dem rechten Spektrum von allen abgelehnt werden und dass an Veranstaltungen nur teilgenommen wird, wenn keine Person aus rechten Parteien als Podiumsgast geladen ist. Beide Konzepte finden auch in Vereinbarungen auf kommunaler Ebene Anwendung. Zusammengefasst empfehlen die Autor*innen die Beachtung folgender Punkte im Umgang mit rechten Parteien in der Gremienarbeit:

„Es sollten:

- keine gemeinsamen Anträge mit rechten Fraktionen eingereicht;
- keine Anträge rechter Fraktionen angenommen;
- keine gemeinsamen Erklärungen, an denen rechte Fraktionen beteiligt sind, abgegeben und
- keine Personalvorschläge aus oder von rechten Fraktionen unterstützt oder angenommen werden“ (ebd.: 79)

2.1.3 Empfehlungen bei Redebeiträgen und Anträgen

Es empfiehlt sich, Anträge der rechten Parteien vor einer öffentlichen Sitzung innerhalb der Fraktion aber auch mit anderen Fraktionen vorzubespochen. Redebeiträge zur Begründung der Ablehnung eines Antrags sollten „inhaltlich und argumentativ sachlich, im Ton aber scharf sein“ (ebd.: 83). Hierbei hilft ein fundierter Wissensstand über die Personen und Inhalte der Partei. Wenn rechte Abgeordnete versuchen, ein Thema zu besetzen, welches eigentlich unterstützenswert wäre, so kann dies mit der Begründung abgelehnt werden, dass aufgrund des Wahlprogramms der Partei auch hinter diesem Thema ein rassistischer, sexistischer, homophober, etc. Hintergrund steckt und so eine Unterstützung nicht möglich ist. Gleichzeitig kann das Thema mit einer klar distanzierenden Begründung von anderen Fraktionen erneut eingebracht werden, wenn es tatsächlich drängend ist. Beim Stellen eigener Anträge kann darauf geachtet werden, diese so zu formulieren, dass aufgrund der Begründung eine Zustimmung der rechten Mitglieder nicht möglich ist. Allgemein ist wichtig, sich

von den Rechten auch sprachlich zu distanzieren und die Verschiebung der Grenze des Sagbaren nicht zuzulassen (vgl. ebd.: 84).

Wenn Reden vonseiten der rechten Partei gehalten werden, welche klar rassistisch oder hetzerisch sind, gilt es zu überlegen, wie angemessen darauf reagiert werden kann. Bei klaren Grenzverletzungen kann ein Verlassen des Saales eine Möglichkeit sein, andere Formen wären ein demonstratives Zudrehen des Rückens oder ein gemeinsames offensichtliches Lesen von Unterlagen (vgl. ebd.: 85). Insbesondere die Sitzungsleitung ist aber in solchen Situationen gefordert, Einhalt zu gebieten mit den gängigen Methoden der Geschäftsordnung wie Forderung nach Rede zur Sache, Verwarnungen, Ordnungsrufen und im Zweifel auch Sitzungsausschlüssen.

Zusammenfassend geben die Autor*innen folgende Handlungsanleitung heraus:

„Handlungsanleitung für den Umgang mit rechten Akteur*innen in kommunalen Gremien:

- Absprachen treffen mit anderen demokratischen Fraktionen für eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Umgang
- Geschlossenes Auftreten der demokratischen Parteien
- Klare und deutliche Positionierung gegen rassistische, menschenfeindliche und rechtspopulistische Personen, Parteien, Akteur*innen und Inhalte
- Dechiffrierung rechter Anträge durch Auflösung sprachlicher Verkläuserungen und konkrete Benennung als rassistische Hetze
- Mit guten Kenntnissen der jeweiligen Parteiprogramme und der jeweiligen Person können rechte Ideologien entlarvt und sichtbar gemacht werden.
- Schärfung der eigenen Position zu unterschiedlichen politischen Themen
- Agieren, statt nur auf Anträge und Provokationen zu reagieren
- Umsichtig abwägen und nicht auf alles eingehen
- Keinen Alltag und keine Normalisierung in die politische Auseinandersetzung einziehen lassen
- Nur eine Person im Rotationsverfahren lehnt Anträge Rechter mündlich ab (Gegenrede).
- Sollte eine zweite Stellungnahme durch eine linke Position nötig sein, ist eine zweite Rede durchaus sinnvoll. Dabei aber stets die eigenen Ressourcen und Redeanteile und auch die Absprachen mit den anderen Fraktionen bedenken.
- Gemeinsam Anträge rechter Verordneter ablehnen, wenn möglich einstimmig

- Deutlich den rechten Charakter der Anfrage in der Gegenrede thematisieren und herausstellen
- Keine (langen) Debatten zulassen
- Verschiebung von Anträgen in den jeweiligen Ausschuss, wenn damit eine öffentliche Debatte und ein breites Podium für rechte Akteur*innen verhindert werden kann.
- Deutlich kommunizieren und für die Bürger*innen transparent machen, warum man wie mit rechten Akteur*innen umgeht.“ (ebd.: 86).

2.2 Amadeu-Antonio-Stiftung

Die Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) ist bekannt für fundierte Recherchen zum Thema Rechtsextremismus und rechte Parteien. Mit der Broschüre ‚Positionieren, konfrontieren, streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD‘ hat die Stiftung Empfehlungen für Kommunalpolitiker*innen, Medienschaffende, Lehrer*innen und andere formuliert (vgl.: Amadeu-Antonio-Stiftung 2017). Ganz aktuell hat die Stiftung zudem eine weitere Handreichung veröffentlicht mit dem Titel ‚Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD‘ (vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung 2019).

2.2.1 Wie arbeitet die AfD in Parlamenten?

Laut Stiftung ergeben verschiedene Studien und beobachtete Situationen, dass die AfD die Parlamente hauptsächlich als Bühne nutzt um zu provozieren und medial wahrgenommen zu werden (vgl. AAS 2017: 10). Auch wenn die Abgeordneten zum Zeitpunkt der Studie oft noch unerfahren waren, nutzen sie in Landesparlamenten die Mittel der parlamentarischen Arbeit wie Kleine Anfragen sehr rege. Zielsetzung sind dabei jedoch auch Skandalisierung und Inszenierung sowie Informationsgewinnung über politische Gegner*innen (vgl. ebd.). Gerade auf kommunaler Ebene lässt sich aber kein einheitliches Bild über die Arbeitsweise zeichnen. So setzen manche Abgeordnete in öffentlichen Sitzungen auf Inszenierung und Provokation, in nichtöffentlichen Sitzungen hingegen erscheinen sie nicht oder zeigen Desinteresse (vgl. AAS 2019: 33). Eine Studie von Benno Hafener fasst präzise das unterschiedliche Auftreten und die Verhaltensweisen zusammen:

„**Auftreten:**

aggressiv: Direktes und unmittelbar rassistisches, nationalistisches und völkisches Auftreten mit den Mitteln der Provokation und der Skandalisierung, um eine möglichst starke Abgrenzung von den demokratischen Parteien zu verdeutlichen.

subtil: Durch weniger aggressives, sondern eher verdecktes und subtiles Auftreten mit einem moderateren und weniger eindeutigen Subtext inszeniert man sich als die einzige

Partei, die kritische Fragen stellt und eine Öffentlichkeit für die angeblich „wahren“ Interessen der deutschen Bevölkerung herstellt – in klarer Abgrenzung zu den etablierten Parteien.

kümmern: Moderates und sachbezogenes Aufgreifen von Alltags- und Sachthemen, die

auch von anderen Parteien hätten aufgegriffen werden können bzw. werden; Inszenierung als „Kümmerer“ und „Partei der kleinen Leute“.

Arbeitsweise:

fleißig: Die Fraktionen stellen viele Anträge und Fragen, die die Verwaltung beschäftigen.

faul: Die Fraktionen sind, wenn überhaupt, nur körperlich anwesend, sie steuern über Monate keinen Debattenbeitrag bei, diskutieren nicht und nehmen generell nicht am Parlamentsleben teil.

überfordert: Durch Austritte und Abspaltungen kommt es teilweise zu schnellen Auflösungen von Fraktionen.“

(zit. nach: ASS 2019: 33).

2.2.2 Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung in Parlamenten

Die Handlungsempfehlungen der AAS sind in der aktuellen Studie recht prägnant zusammengefasst und werden deshalb hier ungekürzt wiedergegeben:

„Generell gilt: Wichtig ist immer eine klare Haltung, die Kenntnis der (lokalen) AfD und eine gute Rhetorik.

Eigene Themen setzen

Das wichtigste Mittel gegen die Inszenierungen der AfD in und außerhalb des Parlaments ist es, die eigenen Themen, das eigene Gesellschaftsbild und demokratische, pluralistische Narrative offensiv einzubringen und zu vertreten. Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Menschenrechte oder eine solidarische Gesellschaft sollten immer inhaltlich unterfüttert werden – sonst werden die Begriffe gekapert und ins Gegenteil verkehrt. Daher: die Auseinandersetzung mit der AfD nicht auf Entgegnung von Wortbeiträgen und parlamentarische Initiativen beschränken.

Eigene Strategie für den Umgang mit der AfD entwickeln

Durch den Einzug der AfD in die Parlamente sind die Anforderungen an die eigene Arbeit gestiegen. Parteiintern sollte deshalb eine einheitliche Strategie zum Umgang mit Rechtsradikalen in den Parlamenten entwickelt werden, die hilft, auf die Professionalisierung der

AfD zu reagieren. Hilfreich sind öffentlich erkennbare Beschlüsse. Hierbei sollte klar sein, dass demokratische Mindeststandards nicht verhandelbar sind: Minderheitenrechte und Menschenrechte schützen! Das bedeutet auch, beim Framing Rechtsradikaler nicht mitzumachen: Wenn es um den Islam geht, muss nicht über Terror gesprochen werden.

Kein Abarbeiten an der AfD

Der AfD sollte keine Bühne geboten werden, auch wenn es ein Ziel ist, sie zu „entlarven“. Es sollte hauptsächlich um Sachthemen gehen, nicht um die AfD. Also: Kontrapunkte setzen, das eigene Gesellschaftsbild und die eigenen Themen selbstbewusst präsentieren.

Oppositionsrechte bewahren

Die AfD versucht, die inhaltliche Arbeit von Verwaltung und Institutionen durch lange Fragenkataloge zu lähmen. Die Antwort darauf darf nicht die Beschneidung von Oppositionsrechten sein. Jedoch sollte die inhaltliche Arbeit nicht eingeschränkt werden. Wenn also z.B. die AfD fordert, wöchentlich aktuelle Zahlen zu geflüchteten Menschen in der Kommune vorzulegen, sollte man sich auf einen leistbaren Turnus, z.B. vierteljährliche Zahlen, einigen.

Nicht mit Stimmen der AfD kalkulieren

Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien stimmen mitunter strategisch für Anträge von demokratischen Parteien, um als Mehrheitsbeschaffer und somit wichtiger Akteur im Parlament zu fungieren. Daher sollte immer im Vorfeld abgeklärt werden, ob der eigene Antrag eine Mehrheit unter den demokratischen Parteien erlangen kann.

Was tun bei AfD-Anträgen?

- Bei unsinnigen, rassistischen und diskriminierenden Anträgen möglichst nur eine Gegenrede der demokratischen Parteien. Sonst besteht die Gefahr, dass die AfD durch inszenierte Skandale zum Zentrum der Auseinandersetzung wird. Davon profitiert im Regelfall nur sie selbst. Aber: Falsche Tatsachenbehauptungen und diskriminierende Äußerungen dürfen niemals unwidersprochen bleiben.
- Bei sachbezogenen Anträgen sollten die teils unterschiedlichen Positionen der anderen Fraktionen zur Geltung kommen. Hier ist es oft kontraproduktiv, nur eine Gegenrede zu formulieren, da es innerhalb der demokratischen Fraktionen unterschiedliche Positionierungen gibt, die auch so vertreten werden müssen. Dies dient der Sacharbeit und

Multiperspektivität und widerlegt das von der AfD propagierte Bild von der „Einheitsfront des Establishments“.

Normalisierungseffekte vermeiden

Die AfD richtet sich gegen eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Eine lokale AfD kann nicht losgelöst von der Bundespartei betrachtet werden.

Daher:

- Keine Bildung einer gemeinsamen Fraktion oder Zählgemeinschaft, keine gemeinsamen Anträge oder Abstimmungen.
- Kein Auftritt bei Veranstaltungen, wenn diese durch die AfD organisiert wurden.

AfD-Strategien enttarnen und benennen

An Beispielen lassen sich kurz und prägnant Strategien der AfD aufzeigen und dadurch entlarven – etwa unterschiedliches Stimmverhalten in öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen, Skandalisierung durch Übertreibung und falsche Tatsachenbehauptung, Themenhopping oder Opferinszenierung. Eine weitere beliebte Strategie der AfD ist es, demokratische Parteien als abgehobene Elite darzustellen. Wichtig ist es, dem nicht auf den Leim zu gehen, sondern sachlich und bestimmt zu argumentieren. In Auseinandersetzungen sollte es daher auch nicht bei der Skandalisierung einzelner Äußerungen bleiben, sondern deutlich gemacht werden, dass diese „Ausrutscher“ der Ideologie der Partei und ihrem Parteiprogramm entsprechen.

Differenzierung zwischen der AfD und ihren Wähler*innen

Keine Anbiederung an AfD-Wähler*innen, aber Unterscheidung zwischen der Partei und ihren Wähler*innen. Die Sorgen ernst nehmen, aber in Widerspruch gehen, wo Sachfragen verlassen werden: Rassismus und Demokratiefeindschaft benennen.

Mit Betroffenen solidarisieren

Die AfD versucht häufig, einzelne Politiker*innen, Akteure der Zivilgesellschaft oder demokratische Institutionen herauszupicken, deren Arbeit zu skandalisieren und diese politisch zu lähmen. Demokratische Fraktionen wie auch einzelne Parlamentarier*innen sollten sich mit demokratischen Akteuren öffentlich solidarisieren, sich nach deren Bedürfnissen zur Umsetzung ihrer Aufgaben erkundigen und ggf. deren Budgets erhöhen, damit sie neben der

Beantwortung der parlamentarischen Anfragen weiter und besser in der Lage sind, ihre inhaltliche Arbeit vollumfänglich zu absolvieren.“ (ASS 2019: 36-37).

2.3 Bundesverband Mobile Beratung

Vom Bundesverband Mobile Beratung wurde die Broschüre ‚Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen‘ herausgegeben (Bundesverband Mobile Beratung 2019). Neben Argumentationstipps gegen Rechtspopulismus gibt die Broschüre auch Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in kommunalen Parlamenten.

2.3.1 Agieren rechtspopulistischer Parteien in Parlamenten

Wie in verschiedenen Studien festgestellt worden ist, gibt es grundsätzlich zwei idealtypische Formen der Agitation von rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten: Einerseits wird mit gezielten Tabubrüchen und Skandalisierungen öffentlichkeitswirksam das Bild der ‚Opferpartei‘ der ‚Kartellparteien‘ gepflegt, andererseits treten manche Abgeordnete bürgerlich-seriös und staatstragend auf (vgl. ebd.: 18). Oftmals treten aber auch Mischformen dieser Idealtypen auf. So gibt sich die AfD einerseits als bürgerliche ‚Kümmerer-Partei‘ und verfolgt andererseits die Selbstinszenierung insbesondere in sozialen Netzwerken. Beide Strategien greifen dabei ineinander, dies sollte auch von örtlichen Mandatsträger*innen erkannt werden (vgl. ebd.: 19).

2.3.2 Umgang mit der AfD

Die Autor*innen empfehlen, die Situation vor Ort genau in den Blick zu nehmen. Verbindungen von AfD-Abgeordneten zur rechtsextremen Szene sollten offengelegt werden. Wenn Aussagen von Mandatsträger*innen klar rassistisch oder rechtsextrem sind, muss deutlich widersprochen werden (vgl. ebd.: 20).

Auch diese Handreichung empfiehlt, den Umgang mit der AfD mit möglichst allen demokratischen Fraktionen und Gruppierungen abzustimmen und schriftlich zu fixieren. Dabei wird empfohlen, gemeinsame Sprach- und Diskussionsregeln auf Grundlage folgender Fragen festzulegen:

- „Wie genau argumentieren AfD-Abgeordnete im parlamentarischen Prozess? Mit welchen Begriffen – etwa Rechtspopulismus, Rechtsextremismus oder Völkischer Nationalismus – soll die Agitation der AfD bezeichnet werden?
- Wann sind Grenzen überschritten, und wie reagieren die Demokrat_innen darauf?

- Soll mit AfD Vertreter_innen diskutiert werden? Wie und worüber sollte gegebenenfalls mit ihnen diskutiert werden?
- Im formalen Umgang mit Rechtspopulismus gilt es zum Beispiel gemeinsam festzulegen: Wer reagiert stellvertretend für alle? Wie wird mit der Teilnahme der AfD an bestimmten Gremien und bei öffentlichen Auftritten, mit ihren Anträgen und ihrem Abstimmungsverhalten usw. umgegangen? Wo sollte sie ausgeschlossen oder nicht aufgenommen werden? Wie wird mit Anfragen und Forderungen umgegangen?“ (ebd.: 20).

Die Autor*innen empfehlen weiter, den Umgang mit der AfD der Öffentlichkeit ausführlich zu begründen, auch wenn hier von manchen Seiten Widerspruch erwartet werden kann.

Letztlich sollten sich die Fraktionen aber nicht nur von der AfD vor sich hertreiben lassen. Inhaltliche Kontroversen und konstruktiver Streit über unterschiedliche Konzepte und Lösungsvorschläge sind das beste Mittel, um die Attraktivität der vermeintlichen ‚Alternative‘ zu schwächen (vgl. ebd.: 21).

2.4 Heinrich Böll Stiftung: „Linksgrün-versifft?“

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung hat unter dem Titel ‚Linksgrün versifft? Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene‘ einen Leitfaden zum Umgang mit der AfD präsentiert (Heinrich-Böll-Stiftung 2018). Die Autor*innen empfehlen hier insbesondere die Taktik der Abgrenzung und verweisen auf Gefahren der Taktik der Ausgrenzung

2.4.1 Situation einschätzen

Um ein angemessenes Verhalten gegenüber der AfD ermitteln zu können, muss zunächst die Situation vor Ort eingeschätzt werden. Wichtig ist dabei die Informiertheit über die Inhalte und Themen der Partei insbesondere im Programm auf kommunaler Ebene. Eine kurze Stärken-Schwächen-Analyse kann dabei hilfreich sein. Stärken hat die AfD insbesondere im Bereich der Provokation, der Einschüchterung von Gegner*innen, der Mediennutzung (insb. Social-Media) und in Teilen im Aufbau einer ‚bürgerlichen Fassade‘. Als Schwächen diagnostizieren die Autor*innen mangelnde Sacharbeit, wenig Erfahrung mit kommunalen Themen, mangelnde sozialpolitische Kompetenz und parteiinterne Zerstrittenheit über den Kurs der Partei (vgl. ebd.: 9ff.).

Zur Einschätzung der lokalen Strukturen der AfD schlagen die Autor*innen acht Fragen vor:

- „Wer sind die Abgeordneten, wie viele sind es? Haben sie Fraktionsstatus?“

- Wo stehen sie inhaltlich (marktradikal, national-konservativ, völkisch-nationalistisch)?
- Zu welchem Parteiflügel zählen sie?
- Wie ist ihre Kommunikation im Parlament (sachlich vs. offen ideologisch und feindselig)?
- Wie ist ihre Mitarbeit (aktiv und sachkundig vs. unbeteiligt, abwesend vs. selbst-darstellend, provokativ)?
- Wie sind sie/ist die AfD in der Kommune vernetzt (Bürgerinitiativen, Demos, Vereine, frühere Mitgliedschaften)?
- Wie verhalten sie sich (sofern bekannt) außerhalb des Kommunalparlaments (Teilnahme und Rede bei Demos, Social Media)?
- Gibt es zivilgesellschaftliche Initiativen, die mit der AfD sympathisieren oder zusammenarbeiten?“ (ebd.: 13)

2.4.2 Zielsetzung

In der Auseinandersetzung mit der AfD sollte zudem geklärt werden, welches Ziel verfolgt werden soll. Auch hier schlagen die Autor*innen verschiedene Fragen vor, anhand derer die Zielsetzung geklärt werden kann:

- „Will ich mich mit den AfD-Vertreterinnen auseinandersetzen?
- Will ich die Wählerinnen der AfD aufklären?
- Will ich die kommunale Öffentlichkeit aufklären, einer Normalisierung entgegenwirken?
- Will ich politische Kultur und demokratische Werte verteidigen, die Zivilgesellschaft stärken?
- Will ich gezielt eigene Inhalte stark machen?
- Wie verhalten sich die anderen Parteien zu AfD-Mitgliedern?
- Gibt es bereits Absprachen zum Umgang mit der NPD oder AfD bzw. sind solche Absprachen realistisch?“ (ebd.: 14f.).

2.4.3 Die Strategie der dauerhaften Auseinandersetzung

Im Umgang mit der AfD schlägt die Handreichung die Strategie der dauerhaften Auseinandersetzung und inhaltlicher Abgrenzung von rechtspopulistischer Politik vor. Dabei sollen die Positionen der AfD immer wieder kritisiert und deren menschenverachtender Kern herausgearbeitet werden. Dabei sollten die eigenen politischen Positionen klar formuliert werden. Jedoch darf dabei der eigene politische Alltag nicht zu einem Abarbeiten an der AfD verkommen (vgl.: ebd.: 15).

Um fundiert widersprechen zu können, ist eine gute Vorbereitung unabdingbar. So sollten beispielsweise die rechtspopulistischen Strategien und Ideologien in Grundzügen gekannt werden ebenso wie die Programme der AfD und die entsprechende Kritik daran. Hierbei kann es sich lohnen, externe Expertise einzuholen (zum Beispiel bei Mobilen Beratungsteams oder durch gezielte Argumentationstrainings) (vgl. ebd.: 17).

Auch diese Handreichung empfiehlt eindringlich, Strategieabsprachen mit anderen Parteien und Gruppierungen zu vereinbaren. Die Vereinbarung sollte dabei folgende Punkte umfassen:

- „eine gemeinsame Einschätzung zu Inhalten und Verhalten der AfD-Vertreter*innen
- festgelegte Grenzüberschreitungen und mögliche Reaktionen
- ob und wie mit der AfD diskutiert werden soll
- Umgang mit Anträgen“ (ebd.: 19).

Bei einer solchen Vereinbarung ist davon auszugehen, dass sich die AfD als Opfer der anderen Parteien stilisieren wird. Dies sollte von Anfang an beachtet werden, damit klare Begründungen für den Umgang kommuniziert werden können. Grundsätzlich gilt: Die AfD wird nicht aus reiner Böswilligkeit ausgegrenzt, sondern grenzt sich selbst durch antidemokratisches Verhalten und menschenunwürdige Positionen aus.

Die Autor*innen empfehlen, im parlamentarischen Alltag folgende Punkte zu beachten:

- „Anträge, Anfragen, Debattenbeiträge usw. der AfD werden hinsichtlich ihrer Ideologie befragt, „übersetzt“ und kritisiert.
- Rassismus, Antisemitismus, Antisozialismus, Homosexuellen-Feindlichkeit und Frauenverachtung wird unmittelbar und klar widersprochen. Bei Vereinbarungen mit anderen Fraktionen sollte geregelt werden, wer wann widerspricht. Eine Provokation braucht keine fünf Antworten.
- Zu zeigen ist: Was sagt die AfD, was meint die AfD? Was wären Folgen ihrer Politik zu Ende gedacht? Wo liegen sachliche und humanistische Schwächen?
- Das gilt auch für scheinbar harmlose Beiträge und für alle Politikfelder. Die menschenverachtende Ideologie zieht sich durch das Grundsatzprogramm und das Bundestagswahlprogramm der AfD. Die Spitzenkandidat*innen haben im Wahlkampf auf rassistische und rechtspopulistische Provokationen gesetzt. Darum wissen alle AfD-Mitglieder und dafür müssen sie sich auch dann verantworten, wenn sie sich selbst bürgerlich geben.
- Fehlende Sachkenntnis und mangelndes Handwerk aufdecken: Wenn geredet wird, wo nur Fragen erlaubt sind, oder mangelhafte Anträge eingebracht werden, kann auch darauf hingewiesen werden.

- Rechtspopulistinnen sollten nicht die Themen setzen dürfen und auch nicht die Rahmung. Wenn über Bedarfe von Schulen gesprochen wird, geht es nicht darum, Kosten von Asylbewerberheimen gegenzurechnen.“ (ebd.: 19f.).

2.4.4 Umgang außerhalb des Parlaments

Auch abseits der Sitzungen ist ein stringenter Umgang mit der AfD wichtig. Selbstverständlich sollten keine Bündnisse mit der AfD eingegangen werden. Die Öffentlichkeit sollte über den Charakter der AfD aufgeklärt werden. Insbesondere Verbindungen zur rechtsextremen Szene gilt es zu benennen. Lohnend ist zudem, breite Bündnisse einzugehen und sich klar vor die Opfer der Ausgrenzungskampagnen der AfD zu stellen. Wichtig bleibt aber, eigene Positionen klar herauszustellen und der AfD in der Öffentlichkeit nicht das Agenda-Setting zu überlassen (vgl. ebd.: 40f.).

3 Die AfD in Freiburg

Alle hier aufgeführten Handlungsempfehlungen sind sich einig, dass es notwendig ist, die Strukturen der AfD vor Ort genauer zu betrachten, bevor konkrete Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden können. Deshalb wird hier näher auf die Strukturen der AfD in Freiburg eingegangen.

3.1 Der Kreisverband

Auf Grundlage der Veröffentlichungen auf Facebook, sollen hier in Kürze die Entwicklungen des Kreisverbandes der AfD in Freiburg skizziert werden.

Gegründet wurde der AfD-Kreisverband Mitte 2013 unter anderem vom Historiker Professor Ronald G. Asch, Elke Fein und anderen Akademiker*innen, die insbesondere die Maßnahmen zur Eurorettung kritisierten (vgl. BZ 2013). Entsprechend stand der Kreisverband lange Zeit dem Lucke-Flügel innerhalb der AfD nahe, bis dieser im Juli 2015 bei der Wahl zum Parteivorsitzenden durchfiel. Zu einer angestrebten Auflösung des Kreisverbandes durch die damalige Vorsitzende Elke Fein, kam es jedoch nicht (vgl. BZ 2015¹). Stattdessen wurde auf der Kreismitgliederversammlung nach hitziger Diskussion Jack Gelfort zum neuen Sprecher gewählt, der sich auf Nachfrage eines Parteimitglieds nicht eindeutig von rechten Positionen abgrenzte (vgl. BZ 2015²). Infolge dessen kam es zu mehreren Austritten von Mitgliedern, die sich als Anhänger*innen des liberalen Lucke-Flügels verstanden. Im August 2015 gründete sich auch der Kreisverband der Jungen Alternative in Freiburg, welcher von Anfang an radikaler agierte, als der Verband der Mutterpartei. Die Kursänderung

der Partei spiegelt sich auch in der Öffentlichkeitsarbeit wieder, so hat sich der Ton auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes deutlich verschärft. Der Kreisverband griff infolge immer wieder das Thema Asyl auf und positionierte sich klar ablehnend. Die von der Partei so betitelte „Flüchtlingskrise“ dominierte auch den Landtagswahlkampf 2016. Im Wahlkreis Freiburg I erzielte die Partei mit dem Kandidaten Andreas Juschkat 8,4%, im Wahlkreis Freiburg II mit Wolfgang Ott 10,6%. Auch nach der Wahl blieb das Flüchtlingsthema bestimmend, die Freiburger AfD mobilisierte beispielsweise zu Informationsveranstaltungen zur Geflüchtetenunterbringung in Landwasser. Ansonsten entdeckte die AfD die Kritik an der Straßenumbenennung in Freiburg für sich und instrumentalisierte den Streit um muslimische Frauen im Lorettoabad für ihre Zwecke. Am 26. Oktober 2016 wählte der Kreisverband den Lehramtsstudenten Andreas Schumacher als Vorsitzenden, auf den später noch genauer eingegangen wird. Zum Stellvertreter wurde Detlef A. Huber benannt. Für die Bundestagswahl nominierte der Kreisverband den Breisacher Volker Kempf, welcher publizistisch für rechte Zeitschriften tätig ist (vgl. wikipedia.de). Im Dezember 2016 instrumentalisierte die Partei den schrecklichen Mordfall an einer Studentin um pauschalisierende Stimmung gegen Geflüchtete zu betreiben. Eine vom Kreisverband organisierte Trauerkundgebung scheiterte am Widerstand der Freiburger Bevölkerung (vgl. BZ 2016). Initiator war hier unter anderem Reimond Hoffmann, welcher engen Kontakt zur rechten Burschenschaftsszene in Freiburg pflegt und im Landesvorstand der Jungen Alternative aktiv war. Im Bundestagswahlkampf 2017 veröffentlichte der Kreisverband nahezu monothematisch nur Posts zu vermeintlicher Kriminalität von Geflüchteten in Freiburg. Zudem stilisierte sich die Partei zum Opfer vermeintlicher linker Gesinnungspolitik in Freiburg, da sie nicht zu allen Podiumsdiskussionen im Wahlkampf geladen war und Widerspruch erntete. Klassisches Thema der AfD ist auch immer wieder die Forderung nach Streichung der städtischen Unterstützung für das Autonome Kulturzentrum KTS, welche besonders nach den Durchsuchungen im Rahmen des Verbotsverfahrens rund um ‚linksunten.indymedia‘ lautstark verkündet wurde. Präsenz zeigte insbesondere die Junge Alternative auch beim Prozessauftritt zum Mord an der Freiburger Studentin, welchen sie abermals für ihre rassistischen Zwecke missbrauchten. Bei der Bundestagswahl im September 2017 erhielt die Partei im Wahlkreis Freiburg 7,9% der Zweitstimmen.

Im Jahr 2018 entdeckt die AfD neben den klassischen Flüchtlingsthemen auch die Windkraft für sich und lehnt den Bau von Anlagen in Freiburg entschieden ab. Im OB-Wahlkampf verzichtete die AfD auf einen eigenen offiziellen Kandidaten oder Kandidatin und trat recht zurückhaltend auf. Mitte 2018 kam das Thema Dietenbach auf, bei dem die AfD zur

Unterschriftensammlung und Teilnahme am Bürger*innenentscheid aufrief. Ende Oktober 2018 instrumentalisierte die Partei die Massenvergewaltigung an einer Studentin in Freiburg für ihre rassistischen Zwecke und rief zu einer Demonstration auf, an der rund 400 AfD-Anhänger*innen 2.000 Gegendemonstrant*innen gegenüber standen (vgl. BZ 2018).

Im Januar 2019 präsentierte der Kreisverband seine vorläufige Liste für die anstehende Kommunalwahl. Den Spitzenplatz bekam dabei der Kreissprecher Andreas Schumacher zugestanden, gefolgt von Detlef A. Huber und dem Mandic-nahestehenden Karl Schwarz. Mandic selbst konnte nur den 4. Platz für sich behaupten.

Im Februar sprach sich die AfD im Rahmen des Bürgerentscheids rund um Dietenbach gegen eine Bebauung aus. Dies begründete die Partei wie folgt: „Das Bauprojekt Dietenbach widerspricht einer sinnvollen Stadtentwicklungsplanung. Es ist bürokratisch jetzt schon kaum mehr im Rathaus beherrschbar und die Baukosten sind durch überfrachtete und preistreibende Bauvorschriften, sowie durch die notwendige Aufschüttung in einem Überschwemmungsgebiet jetzt schon derart hoch, dass ein sozialer Wohnungsbau nur durch eine exorbitant hohe Subventionsförderung möglich ist. Außerdem sieht die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Jahre ab 2030 keinen gesteigerten Bedarf vor.“ (AfD KV Freiburg 2019¹).

Ende März 2019 gelang der AfD, ihre Kommunalwahlliste auf 24 Personen aufzustocken, darunter auch zwei Frauen (vgl. Badische Zeitung 2019¹). Als Wahlkampfthema entdeckte die Partei dabei das Thema einer angedachten Moschee in einem ehemaligen Getränkemarkt in der Rufacher Straße im Stadtteil Mooswald, welche sie strikt ablehnte. Zudem hat sich die Partei das Thema Sicherheit auf die Fahnen geschrieben, welches oftmals mit Ressentiments gegenüber Geflüchteten verknüpft wird.

Mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses endete die Aktivität des Kreisverbandes auf Facebook. Lange gab es seit dem 29. Mai keine weiteren Postings.

3.2 Das Kommunalwahlprogramm der AfD

Um eine Einschätzung vornehmen zu können, welche Themen die beiden AfD-Stadträte in nächster Zeit aufgreifen könnten, lohnt sich auch ein Blick in das Kommunalwahlprogramm der AfD. Die wichtigsten Inhalte werden hier kurz erläutert und in Teilen auch eingeordnet.

3.2.1 Bauen und Wohnen

Die AfD möchte das Stadtbild erhalten und in diesem Sinne alte Bausubstanz schützen. Dies wird mit Identifikations- und Heimatbegriffen begründet und passt damit gut in das rechts-populistische Programm. Zudem schlägt die Partei ein „nachhaltiges Baukonzept“ vor. „Baupolitik muss soziale, ökologische und ästhetische Aspekte, sowie die Interessen der Anwohner, als auch der Bauträger miteinbinden.“ (AfD KV Freiburg 2019²). Reine Wohnraum- oder Profitmaximierung lehnt die Partei ab. Hier scheint die AfD mit einer sozialen Ader punkten zu wollen, so sollen auch städtische Bauflächen nicht rein nach Profitmaximierung veräußert werden. Zudem setzt sich die Partei für Dachgeschossausbauten ein. Energetische Anforderungen sollen gesenkt werden. Der Stadtbau sollen keine großen Auflagen gemacht werden, Sozialbauten sollen sich durch höherpreisige Wohnungen querfinanzieren, die Stadt solle jedoch Baugrund kostenfrei überlassen. Zudem setzt die Partei auf Bürger*innenbeteiligung bei Bauprojekten und bedient damit direktdemokratische Forderungen, die oftmals in rechten Programmen zu finden sind.

Klar rechtspopulistisch wird das Programm im Bereich Bauen und Wohnen bei der Forderung nach Aussetzen der Anschlussunterbringung von Geflüchteten, diese sollen weiterhin in Wohnheimen untergebracht werden. Die Partei spricht sich für einen Zuzugstopp und schnelle Abschiebungen aus und will dadurch freiwerdende Wohnheime zu Studierendenwohnheimen umbauen oder für den sozialen Wohnungsbau verwenden. Menschen in der Notfallkartei soll Vorzug vor Geflüchteten gewährt werden. Damit versucht die Partei klassisch, marginalisierte Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen anstatt eine Problemlösung für alle zu fokussieren.

3.2.2 Sicherheit und Ordnung

Die AfD möchte die von ihr so bezeichnete „Stadtpolizei“ (also den kommunalen Vollzugsdienst) ausbauen und das Konzept der Hilfspolizei wieder einführen. Zudem sollen Plätze vermehrt videoüberwacht werden, hier wird insbesondere der Stühlinger Kirchplatz angeführt, an dem auch konsequent gegen Drogenhandel von „einer Gruppe junger Gambier“ vorgegangen werden soll. Zudem fordert die AfD eine bessere Beleuchtung von Radwegen und Maßnahmen gegen Graffiti. Natürlich wird das Thema Sicherheit auch wieder mit Geflüchteten verbunden: Kriminellen Asylbewerbern sollen zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für bestimmte Plätze erteilt werden.

3.2.3 Verkehr und Infrastruktur

Hier hat die AfD das Thema Dieselfahrverbote für sich entdeckt, welche sie unbedingt verhindern will (natürlich nicht durch andere Luftreinhaltungsmaßnahmen sondern durch Verlegung von Messstationen und Inzweifelziehung von Grenzwerten). Zudem sollen Tempo 30-Zonen zurückgenommen werden, Blitzer sollen auf den Prüfstand. Mit Kreisverkehren will die AfD den Verkehrsfluss verbessern.

In Bereich Nahverkehr plädiert die Partei für einen Ausbau der Stadtbahnlinien an Tuniberg und nach St. Georgen sowie für weitere Verbesserungsmaßnahmen insbesondere zur Umlandanbindung. Zudem ist die AfD für ein Kurzstreckenticket, den Ausbau der Zugstrecke Freiburg-Colmar und für Lärmschutz an der Rheintalbahn.

Im Bereich des Radverkehrs fordert die AfD lediglich die öftere Entfernung von Schrotträdern an Stellflächen. Das Dreisamufer soll nach Bau des Stadttunnels möglichst in verkehrsberuhigte Grünflächen umgewandelt werden. Zudem sollen die Straßenumbenennungen gestoppt werden und es soll möglichst schnell 5-G-Standard bei den Mobilfunkfrequenzen eingeführt werden.

3.2.4 Umwelt und Natur

Die AfD setzt sich für den Erhalt von Freiflächen und Schrebergärten ein. Die gesteckten Klimaziele der Stadt lehnt die AfD als utopisch ab. Den Ausbau der Windkraft will die Partei stoppen. Landwirtschaftliche Flächen der Stadt sollen auch weiterhin an konventionelle Landwirt*innen verpachtet werden.

3.2.5 Gesellschaft

Im Bildungsbereich steht die AfD für eine stärkere Förderung von Privatschulen ein. Gemeinschaftsschulen lehnt sie ab. Bei der frühkindlichen Bildung will die AfD neben KiTas auch die Erziehung durch die Eltern und Tagesmütter gleichermaßen fördern. Hier kommt wohl das traditionelle Familienbild der Partei zum Tragen.

Weiter möchte die Partei einen Jugendgemeinderat einführen und spricht sich für einen Bürokratieabbau bei Veranstaltungen und Angeboten von Vereinen aus. Weiter soll das Gendern in der städtischen Kommunikation wieder abgeschafft werden. Auch dies ist ein klassisches Thema der Partei im Rahmen ihres Antifeminismus.

Im Bereich der Kulturförderung möchte die AfD den Einfluss des Gemeinderates beschränken und den Trägern mehr Freiräume bieten. Die AfD spricht sich auch für den Neubau des Eisstadions aus.

Weiter fordert die Partei, Gemeinderatssitzungen per Livestream zu veröffentlichen. Begründet wird die mit dem klassischen Argument, dass in die Lokalpresse kein Vertrauen gelegt werden kann.

Natürlich kommt auch im Themenkomplex „Gesellschaft“ das Thema Flüchtlinge vor: Die Partei will von ihr so titulierte „Integrationsunternehmen“ stärker kontrollieren und minderjährige unbegleitete Geflüchtete medizinischen Altersüberprüfungen unterziehen.

Zudem hat die AfD ein Problem mit vermeintlichem Linksextremismus. Ohne dies zu belegen, behauptet sie in den letzten 3 Jahren mindestens 25 Mal Opfer von Verbrechen gewesen zu sein. Deshalb will sie gegen die KTS vorgehen und den städtischen Zuschuss streichen. Auch fordert sie die Schließung der Ibad-ur-Rahman-Moschee.

3.2.6 Wirtschaft und Finanzen

Die AfD macht sich für eine Haushaltskonsolidierung stark und prangert die hohe Neuverschuldung in den letzten Jahren an. Sie lehnt eine Finanzierung „ideologischer Projekte“ wie beispielsweise des CSD ab (der CSD hat jedoch noch nie städtische Zuschüsse erhalten). Die AfD möchte den Tourismus fördern indem die Bettensteuer abgeschafft und eine Gästekarte eingeführt wird. Zudem möchte sie die Gewerbesteuer senken, macht jedoch keine Vorschläge wie die Mindereinnahmen gegenfinanziert werden sollen.

3.2.7 Fazit des Programms

Die AfD versucht in vielen Bereichen ihr Programm eher bürgerlich zu formulieren. Großen Raum nehmen dabei „Aufregerthemen“ wie Dieselfahrverbote, Linksextremismus, Straßenumbenennung, Windkraft und natürlich Geflüchtete ein. Zwischen den Zeilen lassen sich deutlich klassisch rechtspopulistische Inhalte und Argumentationsmuster herauslesen. Sei es die Leugnung des Klimawandels im Umweltbereich, der Antifeminismus und das konservative Familienbild im Bereich Gesellschaft, Heimatschutzkonzepte und Identität im Bereich Stadtplanung, die deutliche Fremdenfeindlichkeit beim Thema Geflüchtete und die Elitenkritik im Sinne das Volk gegen „die da oben“ bei der Forderung nach mehr Bürger*innenbeteiligung. Die Freiburger AfD spielt also die komplette rechtspopulistische Klaviatur, auch wenn sie versucht, dies mit in Teilen auch berechtigten Forderungen zu kaschieren.

4 Empfehlungen zum Umgang mit der Freiburger AfD

Wie gezeigt wurde, hat sich die Freiburger AfD von einem marktliberalen „Lucke-Kurs“ stark gewandelt. Vielmehr sitzen nun Personen in Schlüsselpositionen, die offen mit dem „Flügel“ von Höcke in Verbindung stehen oder zumindest mit diesem sympathisieren. Die Freiburger AfD tritt klar rechtspopulistisch auf und besetzt insbesondere polarisierende Themen. Sie versucht dabei Diskursmacht zu erlangen und Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben. Widerspruch wertet sie gerne als Angriff und inszeniert sich als Opfer.

Aus diesen Gründen sollte man im Umgang der AfD darauf achten, dass ihr keine zu große Bühne geboten wird. Man sollte sich nicht von Aussagen zu sehr provozieren lassen. Rechte Grenzüberschreitungen müssen zwar klar und deutlich benannt werden, auf eine lange Diskussion sollte man sich jedoch nicht einlassen. Auch vermeintlich ‚sinnvolle‘ Beiträge der AfD Gemeinderäte sollten darauf untersucht werden, ob sie nicht dennoch einen rassistischen, sexistischen, nationalistischen, etc. Kern haben. Dieser kann entsprechend benannt werden. Um der AfD aber keine zu große Bühne zu bieten, empfiehlt sich eine interfraktionale Absprache, dass immer nur eine Person auf Provokationen antwortet.

Selbstverständlich sollte sein, dass bei Anträgen nicht mit den Stimmen der AfD kalkuliert wird. Natürlich lässt sich nicht immer verhindern, dass die AfD eigenen Anträgen zustimmt. Mit gewissen Formulierungen kann jedoch versucht werden, eine Zustimmung der AfD zu erschweren. Wenn beispielsweise ein Antrag zu Umweltschutzthemen gestellt wird, kann auf einen menschengemachten Klimawandel verwiesen werden. Damit würde es der AfD erschwert, diesem Antrag zuzustimmen, da sie ja genau diesen in weiten Teilen leugnet.

Da die AfD nicht mit Fraktionsstärke in den Rat eingezogen ist, kann sie auch nicht allein Anträge über den ordentlichen Verfahrensweg einreichen. Es ist ihr lediglich möglich, Anträge nach §13 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu stellen: „Jeder Stadtrat kann zum Tagesordnungspunkt "Aktuelles" Anfragen und Anträge stellen, sofern die Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung ist. Anfragen und Anträge sollen schriftlich oder mündlich bis spätestens 10 Uhr des jeweiligen Sitzungstages dem Hauptamt übermittelt werden. Anfragen werden nach Möglichkeit in der Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt.“ Hier gilt es also immer zu prüfen, inwieweit ein Antrag der AfD von „allgemeiner Bedeutung“ ist und ob er nicht auch zurückgewiesen werden kann. Es muss jedoch klar sein, dass Anträgen der AfD nie zugestimmt wird. Sollte ein Antrag inhaltlich tatsächlich sinnvoll sein, kann er auch von einer anderen Fraktion in abgewandelter Form erneut gestellt werden.

5 Vorschläge zur interfraktionellen Zusammenarbeit in Freiburg

Alle vorgestellten Studien regen an, den Umgang mit der AfD interfraktionell abzustimmen. In diesem Sinne wäre es sinnvoll, auch in Freiburg ein Treffen zu arrangieren, bei dem alle Fraktionen und Gruppierungen außer der AfD teilnehmen können. Eventuell könnte in einem solchen Rahmen auch externer Sachverstand zum Beispiel von Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus (MobiRex) oder anerkannten Wissenschaftler*innen eingeholt werden. Ziel muss es sein, ein Papier zum Umgang mit der AfD abzustimmen, das möglichst alle Fraktionen und Gruppierungen mittragen können. Durch gemeinsame Pressearbeit soll das Vorgehen auch öffentlich begründet werden.

6 Literaturverzeichnis:

AfD Kreisverband Freiburg (2019): Pressemitteilung: AfD empfiehlt ein "Ja" zur Dietenbach-Abstimmung. Online abrufbar unter: https://freiburg.afd-bw.de/aktuelles/news/21905/AfD+empfoehlt+ein+%22Ja%22+zur+Dietenbach-Abstimmung?fbclid=IwAR0Cb68r1AmurUebeKlNolCmtiIrhju7vTKiBOEXodFZlHbxyqdJiF_T69s (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2017): Positionieren, konfrontieren, streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Online abrufbar unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf> (zuletzt abgerufen am 14.08.19).

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2019): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Online abrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/08/AFD_Handreichung_web.pdf (zuletzt abgerufen am 19.08.19).

Badische Zeitung (2013): Alternative für Deutschland gründet Freiburger Partei. Veröffentlicht am 15.06.13. Online abrufbar unter: <https://www.badische-zeitung.de/alternative-fuer-deutschland-gruendet-freiburger-partei--72771947.html> (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Badische Zeitung (2015¹): Austritte und Auflösungserscheinungen beim AfD-Kreisverband Freiburg. Veröffentlicht am 08.07.15. Online abrufbar unter: <https://www.badische-zeitung.de/austritte-und-aufloesungserscheinungen-beim-afd-kreisverband-freiburg--107408538.html> (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Badische Zeitung (2015²): Bei der Freiburger AfD geht es nach einem Aderlass doch noch weiter. Veröffentlicht am 20.07.15. Online abrufbar unter: <https://www.badische-zeitung.de/freiburg/bei-der-freiburger-afd-geht-es-nach-einem-aderlass-doch-noch-weiter?fbclid=IwAR1F6FNNyyGHMoRd4lGLfx00os352CSCFyBw7HYpYR-dIP2DD9oQZaXpT4dg> (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Badische Zeitung (2016): 300 Menschen demonstrieren in Freiburg gegen AfD-Kundgebung mit 20 Teilnehmern. Veröffentlicht am 04.12.16. Online abrufbar unter:

<https://www.badische-zeitung.de/300-menschen-demonstrieren-in-freiburg-gegen-afd-kundgebung-mit-20-teilnehmern--130643198.html> (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Badische Zeitung (2018): 400 AfD-Anhänger und 2000 Gegendemonstranten ziehen durch Freiburg. Veröffentlicht am 31.10.18. Online abrufbar unter: <https://www.badische-zeitung.de/400-afd-anhaenger-und-2000-gegendemonstranten-ziehen-durch-freiburg--158495924.html> (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Badische Zeitung (2019¹): AfD stockt für die Wahl Kandidatenliste auf. Veröffentlicht am 29.03.19. Online abrufbar unter: https://www.badische-zeitung.de/freiburg/afd-stockt-fuer-die-wahl-kandidatenliste-auf--169565282.html?fbclid=IwAR3KyEZi-GuNJYlJk14CHBSiEc7AqWxvjc52OVKwifHugQQIuWLA_dV6SPkM (zuletzt abgerufen am 26.08.19).

Badische Zeitung (2019²): Facebook sperrt Seite von Freiburger AfD-Stadtrat Mandic. Veröffentlicht am 31.07.19. Online abrufbar unter: <https://www.badische-zeitung.de/facebook-sperrt-seite-von-freiburger-afd-stadtrat-mandic--175952016.html> (zuletzt abgerufen am 29.08.19).

Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.) (2019): „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück.“ Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. Online abrufbar unter: <https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/07/2019-BMB-Umgang-mit-Rechtspopulismus.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.08.19).

Giesbers, Tilo; Taschke, Anika (2019): Rät*innen gegen rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien. Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Raet-innen-gegen-rechts.pdf (zuletzt abgerufen am 13.08.19).

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2018): „Linksgrün-versifft?“. Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene. Online abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/linksgruenversifft.pdf?dimension1=division_demo (zuletzt abgerufen am 22.08.19)

Wikipedia.de: Volker Kempf. Online abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Volker_Kempf (zuletzt abgerufen am 26.08.19).